

## **Ältere Computer der Stadt München sinnvoll weiterverwenden**

Antrag Nr. 08-14 / A 04693 der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 10.10.2013

### **Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 13445**

1 Anlage

#### **Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 12.03.2014 (SB)**

Öffentliche Sitzung

#### **I. Vortrag des Referenten**

##### **Zusammenfassung**

Das bestehende Konzept zur Nutzung und fachgerechten Entsorgung von gebrauchter IT- und Kommunikationshardware beinhaltet mehrere und bereits mehrjährig in der Praxis erprobte Verfahren. Diese berücksichtigen eine weitere Nutzung von funktionstüchtigen Geräten durch Einrichtungen außerhalb der Stadtverwaltung und Privatpersonen ebenso wie die Entsorgung von nicht mehr funktionstüchtigen Geräten. Eine weitere Nutzung von funktionstüchtiger IT- und Kommunikationshardware außerhalb der Stadtverwaltung ist eher selten und in den letzten 12 Monaten nicht vorgekommen.

IT- und Kommunikationshardware im professionellen Einsatz unterliegt mit über 200 Tagen pro Jahr einer deutlich längeren Nutzungsdauer als vergleichbare Geräte im privaten Umfeld. Allein aus dieser täglichen Nutzung ergibt sich nach fünf Jahren mit ca. 1000 Tagen Nutzung eine sehr hohe, technische Beanspruchung der Geräte.

Eine längere Nutzung dieser Geräte im städtischen Umfeld ist dennoch nicht unüblich, wobei hier folgende Rahmenbedingungen beachtet werden:

- Im Einsatzumfeld ist IT-Fachpersonal vorhanden, das über Detailkenntnisse der Baureihen verfügt und dann die erforderlichen Reparaturen selbst vornehmen kann.
- Die einzelnen Baureihen sind hinsichtlich ihrer Eignung für einer längere Nutzungsdauer zu bewerten und dafür ggf. die erforderlichen Ersatzgeräte oder -teile vorzuhalten.
- Es sind Austauschgeräte erforderlich, die im Fehlerfall sowie bei der geplanten Ablösung nach 6 oder mehr Jahren bereit gestellt werden können. Diese werden innerhalb der Stadtverwaltung aus bestehenden Rahmenverträgen bezogen.

Das bestehende Konzept zur Nutzung und fachgerechten Entsorgung sowie die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine längere Nutzung sind unter Kapitel 1 des Vortrags des Referenten dargestellt.

Um einen sinnvollen Einsatz von gebrauchter IT- und Kommunikationshardware auch in Einrichtungen außerhalb der Stadtverwaltung zu ermöglichen, sind auch dort vergleichbare Rahmenbedingungen sicher zu stellen. In keinem der im Antrag aufgeführten Projekte kann deshalb eine sinnvolle Weiterverwendung empfohlen werden. Eine Schenkung ist aber auch deshalb äußerst selten, da nach der erforderlichen Löschung von Datenträgern i.d.R. keine funktionsfähigen Einheiten aus PC und Monitor und Software-Lizenzen abgegeben werden können. Dies bedeutet für eine Einrichtung außerhalb der Stadtverwaltung, dass auch Aufwand für Installation von Open-Source-Software oder zusätzlich ein Kauf von Lizenzen erforderlich ist. Hinsichtlich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bzw. Städtepartnerschaften fallen darüber hinaus zusätzliche Kosten für Transport und Logistik an. Die detaillierten Ausführungen hierzu sind mit dem Antragstext unter Kapitel 2 des Vortrags des Referenten dargestellt.

Fazit:

Es wird vorgeschlagen, am bestehenden Konzept zur Nutzung und fachgerechten Entsorgung von gebrauchter IT- und Kommunikationshardware festzuhalten.

Der Antrag Nr. 08-14 / A 04693 der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 10.10.2013 ist der Beschlussvorlage als Anlage beigelegt. Die Antragsteller haben der beantragten Fristverlängerung dankenswerterweise zugestimmt.

## **1. Bestehendes Konzept zur Nutzung und fachgerechten Entsorgung**

Mit Antrag Nr. 08-14 / A 04693 vom 10.10.2013 hat die Stadtratsfraktion Die Grünen/RL unter Ziffer 1 folgenden Antrag gestellt:

„Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, was mit der IT- und Kommunikations-Hardware (PCs, Monitore etc.), die turnusgemäß in den einzelnen Referaten nach ca. 5 Jahren ausgetauscht wird, im Anschluss geschieht. (Sollten Details aus Rahmenverträgen, welche nichtöffentlich sind, betroffen sein, so wird gebeten, neben einer öffentlichen Vorlage eine gesonderte nichtöffentliche zu erstellen).“

Vor einer entsprechenden Darstellung sei darauf hingewiesen, dass die LHSt München eine längere Abschreibungslaufzeit auf IT- und Kommunikationshardware wie PCs oder Monitore (5 Jahre) hat, als es in vielen anderen Unternehmen der Fall ist. Es ist nicht unüblich, dass diese Hardware auch über die Abschreibungslaufzeit hinaus bei der Stadtverwaltung noch im Einsatz ist. Insbesondere werden Monitore, seltener PCs bei der Stadtverwaltung dann ausgetauscht, wenn sie den jeweiligen Anforderungen eines Arbeitsplatzes nicht mehr genügen. IT- und Kommunikationshardware unterliegt mit über 200 Tagen pro Jahr einer deutlich längeren Nutzungsdauer

als z. B. vergleichbare Geräte im privaten Umfeld. Allein aus der täglichen Nutzung ergibt sich nach fünf Jahren mit ca. 1000 Tagen Nutzung eine sehr hohe, technische Beanspruchung der Geräte, die eine weitere Verwendung auch im bekannten Einsatzumfeld nur unter bestimmten Rahmenbedingungen als sinnvoll erscheinen lässt.

### **Rahmenbedingungen für eine längere Nutzungsdauer**

Es ist bei der Stadtverwaltung nicht unüblich, dass IT- und Kommunikationshardware auch nach der Abschreibungslaufzeit von 5 Jahren noch längere Zeit im Einsatz ist. Die in der Folge noch dargestellten Mengengerüste lassen erkennen, dass dies insbesondere für Monitore zutrifft. Grundsätzlich weniger geeignet sind PCs, da besonders für deren weiteren Einsatz die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen abgeschätzt werden müssen. Diese werden hier deshalb dargestellt, da vergleichbare Rahmenbedingungen auch bei Einrichtungen außerhalb der Stadtverwaltung vorhanden sein müssen, um dort gebrauchte IT- und Kommunikationshardware einzusetzen:

#### 1. Fachpersonal

Vor Ort muss IT-Fachpersonal vorhanden sein, welches über die erforderlichen Detailkenntnisse bzgl. der eingesetzten IT- und Kommunikationshardware verfügt, um zeitnah Hardwarefehler erkennen und beheben zu können. Diese Detailkenntnisse sind erforderlich, da für Geräte bestimmter Baureihen deren typische Defekte und Aufwände für die Entstörung bekannt sind und so die für eine längere Nutzungsdauer geeigneten Baureihen identifiziert werden können.

#### 2. Eignung von Baureihen

Aufgrund der fünfjährigen Nutzung und den damit bekannten Fehlerhäufigkeiten eignen sich einige Baureihen nicht für einen verlängerten Einsatz. Das Vorhalten von Ersatzteilen und der nun entstehende, interne Aufwand für die Entstörung von Hardware-Defekten schließt einige Baureihen insbesondere bei PCs aus.

#### 3. Austauschgeräte aus Rahmenvertrag

Da für gebrauchte Hardware keine Gewährleistung mehr besteht, ist neben den o.g. Ersatzteilen auch das Vorhalten von Austauschgeräten erforderlich. Bei einer längeren Nutzungsdauer wird geplant nach deren Ablauf oder auch im Falle einer Störung ein Austauschgerät aus den Rahmenverträgen bezogen. Hierfür gebrauchte Hardware ohne Garantie und Gewährleistung vorzuhalten hat sich als nicht sinnvoll erwiesen, da anstelle rahmenvertraglicher Leistungen für das Vorhalten von Ersatzgeräten, den Transport sowie die Entstörung vor Ort nun interne Aufwände entstehen. Ein mehr als fünf Jahre altes Austauschgerät ist zudem den Anwenderinnen und Anwendern nur schwer vermittelbar.

### **Datenlöschung bei Entsorgung**

Eine vollständige Datenlöschung (einschließlich des Betriebssystems) erfolgt i.d.R. durch einen Vertragspartner, der dies per Einzelnachweis über die qualifizierte Entsorgung bei einem anerkannten Entsorgungsbetrieb bestätigt. Hiermit wird auch dem Umwelt-Aspekt hinsichtlich der Entsorgung und Weiterverwendung von in elektronischen Bauteilen enthaltenen Schad- und Wertstoffen Rechnung getragen. In verhältnismäßig wenigen Fällen, die im Folgenden beschrieben werden, erfolgt die vollständige Datenlöschung durch eigenes IT-Personal. Auch in diesen Fällen wird eine umweltgerechte Entsorgung vertraglich berücksichtigt.

### **Verfahren zur fachgerechten Entsorgung und weiterer Nutzung**

Nachfolgend werden von der Vergabestelle 3 des gesamtstädtischen IT-Dienstleisters [it@M](#) die verschiedenen Verfahren des bestehenden Konzepts zur Nutzung und fachgerechten Entsorgung von gebrauchter IT- und Kommunikationshardware wiedergegeben, die für den Hoheitsbereich gelten.

Die Entscheidung, was mit „gebrauchter“ Hardware geschehen soll, treffen die Bedarfsstellen eigenverantwortlich. Die Vergabestelle 3 bekommt von der jeweiligen Bedarfsstelle lediglich die Mitteilung, was mit den Geräten geschehen soll und unterstützt bei der Abwicklung. Folgende Möglichkeiten kommen für den Hoheitsbereich (Referate und Eigenbetriebe, ohne RBS) grundsätzlich in Betracht:

#### 1. Rückgabe der Geräte an den Lieferanten (Beauftragung durch die Vergabestelle 3)

Die Hardware-Rahmenverträge der Vergabestelle 3 enthalten Regelungen bezüglich der Rücknahme der Systeme nach Ablauf der Nutzungsdauer. Danach ist die fachgerechte Entsorgung sämtlicher über diesen Rahmenvertrag beschaffter Hardware, gemessen am jeweiligen Stand der Technik und gemäß den jeweils geltenden Richtlinien und Rechtsvorschriften, nach Ablauf der Nutzungsdauer ab einer Mindestmenge von 5 Stück je Abholadresse im Kaufpreis enthalten. Als Nachweis hat der Lieferant einen Einzelnachweis über die qualifizierte Entsorgung bei einem anerkannten Entsorgungsbetrieb der jeweiligen Bedarfsstelle vorzulegen. Die Zuführung der Altgeräte zur Wiederverwertung durch den Lieferanten schließt unseren Anspruch auf spätere gesicherte fachgerechte Entsorgung nicht aus.

Zahlen der letzten 12 Monate:

- ca. 1.800 PCs
- ca. 1.400 Monitore

Die Entsorgung von Altgeräten aus dem Bereich des Referates für Bildung und Sport erfolgt unmittelbar über das Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (RBS-ZIB) ohne Einschaltung der Vergabestelle 3. Der zwischen dem RBS und dem

Vertragspartner abgeschlossene Rahmenvertrag für die öffentlichen Schulen und den Kernbereich des RBS umfasst, analog zu den Hardware-Rahmenverträgen der Vergabestelle 3, auch die Entsorgung der Hardware. Nach 5 Jahren kann die Hardware auch hier an den Vertragspartner zur Entsorgung zurückgegeben werden.

## 2. Entsorgung der Geräte über ein zertifiziertes Entsorgungsunternehmen (Beauftragung durch die Vergabestelle 3)

Für die Entsorgung von IT- und Kommunikationshardware, bei denen es keine Rücknahmeverpflichtung durch den Lieferanten gibt, besteht ein Rahmenvertrag mit der „Weißer Rabe GmbH“, der die Geräte kostenpflichtig zu den Rahmenvertragsbedingungen bei den Bedarfsstellen abholt. Die „Weißer Rabe GmbH“ ist zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb und vertraglich verpflichtet, die umweltgerechte Entsorgung der Altgeräte gemäß den jeweils geltenden einschlägigen Richtlinien, Gesetzen und Verordnungen unter Beachtung behördlicher Auflagen bzw. Anordnungen im Einzelfall durchzuführen. Dabei hat er die elektronischen Geräte vorrangig von Hand zu demontieren, um dadurch eine größtmögliche Rückgewinnung von Wertstoffen sowie eine optimale Schadstoffentfrachtung zu erreichen.

Zahlen der letzten 12 Monate:

- ca. 20 PCs
- ca. 100 Monitore

*(Anmerkung: Der Sozialbetrieb „Weißer Rabe GmbH“ ist ein Beschäftigungsprojekt für langzeitarbeitslose, behinderte und psychisch kranke Menschen.)*

## 3. Verkauf der Geräte über die „Hardwarebörse“ (Abwicklung über die Vergabestelle 3)

Hierbei handelt es sich um eine über das städtische Intranet der LHM zugängliche WEB-Applikation (<http://app01.muenchen.de/java/cgidb/apps/hwb/alle1>), bei der alle Beschäftigten die Möglichkeit haben, online ein Kaufangebot zu vorher zwischen Vergabestelle 3 und der jeweiligen Bedarfsstelle abgestimmten (Fest-) Preisen abzugeben (keine Auktion). Den Zuschlag erhält dann in der Regel das zuerst eingegangene Angebot. Der von der Vergabestelle 3 vorausgefüllte Kaufvertrag wird dann zunächst der Käuferin/ dem Käufer und dann zur Gegenzeichnung der Bedarfsstelle übersandt. Die Käuferin/ der Käufer wird wiederum vertraglich zur umweltgerechten Entsorgung der Hardware verpflichtet.

Zahlen der letzten 12 Monate:

- ca. 15 PCs
- ca. 150 Monitore

*(Anmerkung: In diesem Fall erfolgt die vollständige Datenlöschung durch eigenes IT-Personal.)*

#### 4. Verkauf der Geräte innerhalb der Bedarfsstelle (Abwicklung über die Vergabestelle 3)

Wenn sich für ein ausgesondertes Gerät innerhalb der Bedarfsstelle bereits jemand interessiert oder die Geräte nur dort angeboten werden sollen, kann auch ein “direkter” Verkauf – also ohne Abwicklung über die Hardwarebörse – durchgeführt werden. In diesem Fall meldet die Bedarfsstelle die Interessentin/ den Interessenten an die Vergabestelle 3, ansonsten geschieht die Abwicklung wie unter Ziffer 3 dargestellt. Die Festlegung des Verkaufspreises erfolgt dabei ebenfalls im Vorfeld in Abstimmung zwischen der Bedarfsstelle und der Vergabestelle.

Zahlen der letzten 12 Monate:

- ca. 35 PCs
- ca. 350 Monitore

*(Anmerkung: Auch in diesem Fall erfolgt die vollständige Datenlöschung durch eigenes IT-Personal.)*

#### 5. Schenkung der Geräte innerhalb und außerhalb der LHM

Sofern sich eine Bedarfsstelle – nach entsprechender kommunal- und haushaltsrechtlicher Würdigung – entschließt, die ausgesonderten Geräte an Einrichtungen innerhalb oder außerhalb der Stadtverwaltung (z. B. an gemeinnützige Einrichtungen oder Stiftungen, Förderprojekte usw.) zu verschenken, geschieht dies völlig selbständig und eigenverantwortlich, ohne Einschaltung und Beteiligung der Vergabestelle 3. Die Schenkung innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung ist deshalb äußerst selten, da diese Einrichtungen ihrerseits aufgrund des Alters und Einsatzdauer der Geräte dies nicht als sinnvoll erachten.

In den letzten 12 Monaten ist keine Schenkung von IT- und Kommunikationshardware an interne und externe Einrichtungen erfolgt.

#### **Rahmenverträge beinhalten auch die Entsorgung**

Der größte Teil der Beschaffungen von IT- und Kommunikations-Hardware erfolgt über Hardware-Rahmenverträge, die auch bereits seit mehreren Jahren Regelungen hinsichtlich der Rücknahme und Entsorgung der Systeme durch den Lieferanten nach Ablauf der Nutzungsdauer enthalten.

Seit mehreren Jahren wird eine fachgerechte Entsorgung in den Rahmenverträgen nicht als gesonderte Preisposition ausgewiesen, da dies in der Folge auch deren Abrechnung nach sich ziehen würde. Die fachgerechte Entsorgung sämtlicher über den jeweiligen Rahmenvertrag beschaffter Hardware nach Ablauf der Nutzungsdauer ist

daher im Kaufpreis enthalten. Es ist aufgrund der Vielzahl technischer Anforderungen, aber auch logistischer Anforderungen an die IT- und Kommunikationshardware, wie z. B. Anlieferung, Austausch defekter Geräte und Entsorgung und der über den Rahmenvertrag abgerufenen Mengen aus Gründen der Verwaltungsökonomie hier sinnvoll, bei Vertragsabschluss Festpreise für PCs oder Monitore zu vereinbaren.

### **Zusammenfassung der bestehenden Entsorgungspraxis**

Die Abwicklung über Rahmenverträge, die in den letzten 12 Monaten für 83% der gebrauchten IT- und Kommunikationshardware angewendet wurde, hat sich hinsichtlich des Aufwandes als die wirtschaftlichste und auch den Umweltaspekten gerecht werdende Entsorgungspraxis erwiesen.

14% der gebrauchten IT- und Kommunikationshardware wird aktuell über die „Hardwarebörse“ und „Verkauf innerhalb der Bedarfsstelle“ einer weiteren, i.d.R. privaten Nutzung durch städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zugeführt. Dem Umweltaspekt wird auch hier über vertragliche Regelungen Rechnung getragen. Hier wurden in den letzten 12 Monaten vor allem Monitore (500 Stück) angefragt. Nur sehr wenige städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erachten speziell mehr als fünf Jahre alte PCs für den Einsatz im privaten Umfeld als geeignet.

3% der nicht mehr funktionsfähigen IT- und Kommunikationshardware, für die auch vertraglich keine Rücknahmeverpflichtung besteht, wird direkt an ein dafür zertifiziertes Entsorgungsunternehmen übergeben.

Eine Nutzung von gebrauchter IT- und Kommunikationshardware als Schenkung an interne oder externe Einrichtungen ist in den letzten 12 Monaten nicht vorgekommen.

## **2. Mögliche Verwendung von gebrauchter IT- und Kommunikationshardware im Rahmen von Projekten**

Mit Antrag Nr. 08-14 / A 04693 vom 10.10.2013 hat die Stadtratsfraktion Die Grünen/RL mit Ziffer 2 folgenden Antrag gestellt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erstellen, nach dem jegliche funktionsstüchtige IT-Hardware – soweit möglich – einer sinnvollen Weiterverwendung zugeführt wird (natürlich unter Löschung datenschutzsensibler Informationen). Hierunter werden die Verwendung in eigenen Einrichtungen im Bildungs- oder Sozialbereich, die Spende an Projekte (etwa in den Bereichen Jugend, Bildung und Integration), der Einsatz im Rahmen von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit bzw. Städtepartnerschaften (wie der mit Harare) oder ähnliche Zwecke verstanden.“

### **Verwendung der gebrauchten Hardware für Projekte im Jugend-, Bildungs- und Integrationsbereich**

Der Stadtratsantrag schlägt u.a. vor, gebrauchte und nicht mehr benötigte Hardware unentgeltlich in eigenen Einrichtungen im Bildungs- oder Sozialbereich sowie an Projekte in der Jugend- und Bildungsarbeit oder im Flüchtlingsbereich zur Verfügung zu stellen.

Hierzu ist zunächst festzustellen, dass eigene Einrichtungen im Bildungs- oder Sozialbereich, sofern es städtische Stellen sind, wie Dienststellen mit entsprechender IT- und Kommunikationshardware aus den Rahmenverträgen ausgestattet werden, also keine gebrauchten Geräte eingesetzt werden.

Sofern es um eine Spende an Projekte in den o.g. Bereichen geht, handelt es sich um stadtexterne Stellen.

Hier ist die kommunalrechtliche Vorschrift des Art. 75 Bayerische Gemeindeordnung (GO) zu beachten. Nach Art. 75 Abs. 3 Satz 1 GO sind die Verschenkung und die unentgeltliche Überlassung von Gemeindevermögen unzulässig (Art. 12 Abs. 2 Satz 2 der Bayerischen Verfassung). Gemäß Art. 75 Abs. 3 Satz 2 GO fällt aber die Veräußerung oder Überlassung von Gemeindevermögen in Erfüllung von Gemeindeaufgaben oder herkömmlicher Anstandspflichten nicht unter dieses Verbot.

Sinn und Zweck dieser Vorschriften ist es, das gemeindliche Vermögen in seinem Bestand als wirtschaftliche Grundlage für die gemeindliche Selbstverwaltung zu schützen und einen Wertverlust des Gemeindevermögens auszuschließen.

Wird die städtische IT- und Kommunikations-Hardware nach Ablauf der Abschreibung (Restbuchwert = 0 €) nicht mehr zur Aufgabenerfüllung benötigt, so ist durch ihre Verschenkung kein Wertverlust des Gemeindevermögens zu erwarten (vgl. hierzu Onlinekommentar „Praxis der Kommunalverwaltung“ zu Art. 75 GO, Erl. 4.1.). Eine Abgabe an Einrichtungen der öffentlichen Wohlfahrtspflege, Jugendhilfe oder des öffentlichen Unterrichts und der Erwachsenenbildung in Trägerschaft Dritter unterfällt der gemeindlichen Aufgabenerfüllung gemäß Art. 57 Abs. 1 Satz 1 GO und ist damit zulässig (vgl. Widtmann/Grasser, Art. 75 GO Rn 4, Prandl/Zimmermann/Büchner, Art. 75 GO, Ordnungsnummer 10.75, Erl. 15). Werden derartige Einrichtungen von der LHSt München selbst betrieben, so liegt ferner auch keine Veräußerung des Vermögens im Sinn des Art. 75 GO vor.

Das Verschenken von gebrauchter IT- und Kommunikations-Hardware ist damit zulässig.

Einrichtungen außerhalb der Stadtverwaltung können gebrauchte IT- und Kommunikationshardware allerdings nur sinnvoll einsetzen, sofern auch dort die zuvor beschriebenen, adäquaten Rahmenbedingungen vorhanden sind bzw. geschaffen wer-



den können. Eine Schenkung ist aber auch deshalb äußerst selten, da nach der erforderlichen Löschung von Datenträgern i.d.R. keine funktionsfähigen Einheiten aus PC und Monitor und Software-Lizenzen abgegeben werden können. Dies bedeutet für eine Einrichtung außerhalb der Stadtverwaltung, dass auch Aufwand für Installation von Open-Source-Software oder zusätzlich ein Kauf von Lizenzen erforderlich ist.

Insgesamt ist somit festzustellen, dass gebrauchte IT- und Kommunikationshardware in Einrichtungen außerhalb der Stadtverwaltung bzw. in Projekten in den Bereichen Jugend, Bildung und Integration, die solche Einrichtungen mit entsprechender Hardware unterstützen könnten, nicht mehr sinnvoll eingesetzt werden kann.

Aufgrund der hier dargestellten Sachzusammenhänge ist grundsätzlich für jedes professionelle Arbeitsumfeld anzunehmen, dass gebrauchte IT- und Kommunikationshardware nach über fünf Jahren Nutzung keinen sinnvollen Einsatz mehr zulässt.

### **Verwendung der gebrauchten Hardware im Rahmen von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit bzw. Städtepartnerschaften**

Kommunen sind mittlerweile zu wichtigen Partnerinnen der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Auch die LHSt München ist in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aktiv. So unterhält sie u.a. Städte- und Projektpartnerschaften.

Der Stadtratsantrag schlägt u.a. vor, die gebrauchte Hardware im Rahmen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen. Als konkretes Beispiel hierfür wird die Städtepartnerschaft mit Harare genannt.

Auch in diesem Bereich ist die o.g. kommunalrechtliche Vorschrift des Art. 75 Abs. 3 GO zu beachten. Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat die kommunalen Spitzenverbände im August 2008 darauf hingewiesen, dass Maßnahmen im Rahmen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit (Partnerschaft oder Patenschaft) außerhalb finanzieller Leistungen mit Bezug auf den örtlichen Wirkungskreis, wie Beratung, Lieferung von überzähligen technischen Gerät oder die Ausbildung von Personal, möglich bzw. zulässig sind. Für kurzfristige Verwaltungshilfe im Ausland, kleine technische Unterstützung oder Ausbildung von Personal im Rahmen von „Entwicklungshilfe“ sind finanzielle Leistungen der Kommunen zulässig. Eine unentgeltliche Überlassung bzw. Schenkung gebrauchter und nicht mehr benötigter städtischer Hardware im Rahmen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit wäre damit rechtlich zulässig und möglich.

Das Münchner Rahmenkonzept für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in München regelt unter 4.1.1: "Sach- und Geldspenden oder finanzielle Projektunter-

stützungen sind grundsätzlich nur im Rahmen von längerfristigen Kooperationsprojekten und nur an hinreichend bekannte Einrichtungen möglich."

In Frage käme hier insbesondere das seit September 2011 laufende Kooperationsprojekt „IT-Konzept für die Stadt Harare“. Wie im Antrag ausgeführt, wird zur Realisierung des IT-Konzepts in Harare eine Ausstattung von 250 IT-Arbeitsplätzen nur für den Finanzbereich und von ca. 1500 Arbeitsplätzen für den Bereich der gesamten Stadtverwaltung Harare benötigt. Die Stadt Harare hat allerdings mittlerweile neue IT-Hardware über eine Kooperation mit chinesischen Unternehmen beschafft, so dass eine Weitergabe gebrauchter Hardware seitens der Stadt München an Harare derzeit nicht erforderlich ist.

Außerhalb des zentralen Verwaltungsbereichs besteht möglicherweise ein Bedarf an Hardware, z. B. für städtische Schulen, Krankenhäuser oder für den geplanten Aufbau von Bürger-Internet-Cafes in den dortigen 46 Stadtbezirken.

Fraglich ist allerdings, inwieweit die entsprechenden Stellen vor Ort über technisches Wissen verfügen, um die Betriebsbereitschaft der IT- und Kommunikationshardware herzustellen, für den jeweiligen Einsatzzweck zu konfigurieren und diese anschließend auch betriebsbereit zu halten. Für Ersatzteile, aber auch als Ersatzgeräte müssten über einen konkreten Bedarf hinaus auch weitere Geräte mitgeliefert werden.

Darüber hinaus muss der Wirtschaftlichkeitsaspekt betrachtet werden. Für die Bereitstellung und den Transport von gebrauchter IT-Hardware ist von folgenden Kosten auszugehen:

1. Für ein Los von 360 Einheiten (PC, Monitor, Tastatur, Maus), mit dem die Internet-Cafes versorgt werden könnten, wurde für den Aufwand des Zusammenführens gleichartiger Geräte von den Standorten, für grobe Reinigung, für Formatieren, Funktionsprüfung und Verpacken eine Stunde pro Einheit angenommen. Es ergeben sich hieraus, bei einer Einwertung mit TvöD E8, Kosten von 13.320 € bzw. 37 € pro Einheit, sofern dies mit stadinternem Personal erfolgen soll.

2. Eine Preisanfrage der Vergabestelle 1 ergab Transportkosten von ca. 7.000 € für einen Container von München bis zum nächstgelegenen Hafen von Harare. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, nicht volle Container anderer Lieferungen zu nutzen und dafür die Lieferungen aufzuteilen. Hier sind dann grundsätzlich geringere, aber abhängig von den einzelnen Transportmöglichkeiten unterschiedliche Kosten anzunehmen.

3. Hinzu kommen Kosten für Verpackungsmaterial von mindestens 5.000 € bzw. 14 € pro Einheit, da die Rahmenvertragspartner dieses sofort nach Lieferung mitnehmen bzw. später abholen.

Eine Preisanfrage bei einem Sozialbetrieb, die als Vergleich angefragt wurde, ergab Lohn- und Materialkosten von 125 € pro Einheit. Wesentlicher Unterschied ist, dass hier der Aufwand für das seefeste Verpacken sowie das dafür erforderliche Verpackungsmaterial deutlich höhere Aufwände verursacht. Daneben wurde auch die Dauer der Lagerung bis zur Abholung mit in die Kalkulation einbezogen.

Für eine Lieferung von 360 Einheiten von München zum nächstgelegenen Hafen von Harare können deshalb ca. 25.000 € angesetzt werden. Auch wenn eine günstigere Transportmöglichkeit als Zuladung zu anderen Lieferungen gefunden wird, verbleiben mindestens 20.000 € an Kosten. Somit würden Kosten von mehr als 55 € pro Einheit anfallen. Auf Basis der Preisanfrage ergeben sich Kosten von 125 € pro Einheit bzw. 45.000 € (zum Vergleich: der Neupreis pro Einheit mit 5 Jahren Wartung liegt bei ca. 600-700 € je nach Leistungsklasse). Noch nicht berücksichtigt sind in beiden Kalkulationen die Kosten für den Transport ab Hafen bis Harare.

Aufgrund der o.g. Unwägbarkeiten, der Aufwände und des Kostenfaktors kann nicht empfohlen werden, die Projekte im Rahmen von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit in Harare mit gebrauchter IT- und Kommunikationshardware zu unterstützen. Werden die Umweltaspekte bewertet, so kann eine fachgerechte Entsorgung derzeit nicht vorausgesetzt werden. Es besteht daher die Gefahr, dass die Umwelt durch die Schadstoffe der IT- und Kommunikationshardware auch nach erfolgreichem Einsatz in einem Projekt belastet wird. In den letzten Jahren haben sich insbesondere im Energiemanagement der Geräte deutliche Verbesserungen beim Stromverbrauch ergeben. Insgesamt ist damit fraglich, ob die eher kurze Nutzungsdauer mit hohem Stromverbrauch und einer unsicheren Entsorgungssituation den Umweltaspekten gerecht wird. Festzustellen ist, dass die unter Ziffer 1 hierzu beschriebenen Standards hinsichtlich der fachgerechten Entsorgung nicht erreicht werden.

Grundsätzlich bewegen sich auch alle Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im professionellen Arbeitsumfeld. Wie zuvor für Projekte im Jugend-, Bildungs- und Integrationsbereich dargestellt, ist davon auszugehen, dass gebrauchte IT- und Kommunikationshardware nach über fünf Jahren Nutzung nicht mehr sinnvoll im Rahmen von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden kann.

### **Fazit**

Im professionellen Arbeitsumfeld ist nach über fünf Jahren Nutzung für gebrauchte IT- und Kommunikationshardware kein sinnvoller Einsatz möglich. Dies betrifft Ein-

richtungen außerhalb der Stadtverwaltung ebenso wie Projekte im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bzw. Städtepartnerschaften.

Das unter Kapitel 1 dargestellte, bestehende Entsorgungskonzept zeigt auch die vorhandenen Möglichkeiten einer weiteren Nutzung im professionellen und im privaten Umfeld auf. Alle bestehenden Entsorgungswege berücksichtigen die Datenlöschung und die umweltgerechte Entsorgung durch die entsprechende vertragliche Gestaltung.

Es ist aufgrund der hier dargestellten Sachzusammenhänge künftig nicht zu erwarten, dass eine weitere Nutzung von gebrauchter IT- und Kommunikationshardware über das private Umfeld hinaus künftig in nennenswertem Umfang erfolgt.

Eine Überarbeitung des bestehenden Konzepts zur Verwendung von funktionstüchtiger IT- und Kommunikationshardware wird deshalb als nicht notwendig erachtet.

Die Beschlussvorlage wurde mit dem Sozialreferat sowie mit it@M und dem Büro des 3. Bürgermeisters abgestimmt. Diese Beteiligten haben der Beschlussvorlage zugestimmt. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei it@M, dem Büro des 3. Bürgermeisters und dem Sozialreferat für die Übermittlung fachlicher Beiträge.

### **Anhörung des Bezirksausschusses**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Verwaltungsbeirat des Direktoriums HA III, Herrn Stadtrat Dr. Kronawitter, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag des Referenten**

1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen. Eine Überarbeitung des Konzeptes zur Nutzung und fachgerechten Entsorgung von gebrauchter IT- und Kommunikationshardware ist nicht erforderlich.
2. Der Stadtratsantrag Nr. 08-14 / A 04693 der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 10.10.2013 „Ältere Computer der Stadt München sinnvoll weiterverwenden“ ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle

## **III. Beschluss**

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Christian Ude  
Oberbürgermeister

**IV. Abdruck von I. mit III.**  
über den Stenografischen Sitzungsdienst

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an das Revisionsamt**  
z. K.

**V. Wv. Direktorium HA III-STRAC**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Sozialreferat-S-Z-dIKA  
An das Personal- und Organisationsreferat P3  
An it@M - Vergabestelle 3  
An die Stelle für internationale Angelegenheiten im Büro des 3. Bürgermeisters  
z. K.

Am